

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Nr. 137

Montag, den 16. Juni 1919

47. Jahrgang

Vor der Antwort.

(W) „Matin“ berichtet, daß der Generalsekretär der Friedenskonferenz Durosoy persönlich in Begleitung seines Stabschefs Arnau von heute mittag dem Grafen Brodowski die Antwort der Alliierten übergeben wird. Graf Brodowski wird offiziell von der Stunde und den Bedingungen dieser Übergabe in Kenntnis gesetzt werden. Das Dokument wird aus drei Teilen bestehen: 1. aus einem kurzen Begleitbrief, in dem der Entschluß der Alliierten kurz dargelegt und die Frist für den endgültigen Beschluß Deutschlands angegeben wird. 2. aus einer Denkschrift von etwa 50 Druckseiten, die auf jede der deutschen Forderungen einght und kapitelweise die in dem Vertrag vorgeschlagenen Änderungen darlegt. Endlich aus dem Wortlaut des Vertrages selbst, wie er sich nach Abänderung der letzten Tage darstellt. Die Denkschrift der Alliierten wird Montagabend der Presse bekannt gegeben werden, während der Vertrag mit den Abänderungen geheim bleiben wird.

Wie die Pariser Blätter melden, wird die Frist 5 Tage betragen. In diese Frist sind die drei Tage einbezogen, die für die Kündigung des Waffenstillstandes vorgesehen sind. Journal findet, daß diese fünfjährige Frist recht kurz bemessen ist. Es werde der deutschen Delegation und der deutschen Regierung schwer fallen, in dieser kurzen Frist die Antwort der Alliierten einzufordern zu beantworten. — Die Oberhäupter der Alliierten hätten den richtigen Weg eingeschlagen, um sich die Versuchung zu ersparen, das Wort nochmals zu überprüfen. — Echo glaubt bestärkt zu können, daß die Abänderung folgendes betreffen: 1. Der Westen Deutschlands wird eine internationale Kommission zur Verfügung gestellt, um die Zahlungsweise unterzählen zu können. Deutschland wird der Entente Waren und Arbeitskräfte anbieten. Die Entente wird zwei Monate zur Beantwortung haben. 2. Die polnischen Grenzen. Innerhalb 6 bis 18 Monaten werden in den an Polen abzutretenden Teilen ein Volksabstimmung stattfinden. Abmachungen über die Lieferung von Kohle und über ein finanzielles Abkommen ergänzen diese Bestimmungen. 3. Die Zulassung zur Gesellschaft der Nationen. Es ist die Absicht der Mächte, daß sie bald erfolgt. Die Prüfung der deutschen wirtschaftlichen Vorschläge, die im Gegenstand der Originalverträge für Deutschland Gegenstand der Behandlung festliegen, wird bis zu der Ratifizierung der Rüstungen. 4. Allgemeine Rechte beabsichtigen, unterjährig Unterhandlungen im Hinblick auf die Durchführung dieser Forderungen zu beginnen. 5. Schatz der deutschen Minderheiten in den deutschen und megenommenen Vandalen durch die Gesellschaft der Nationen. 6. Festlegung der Effektivebestände des deutschen Reiches auf 200.000 Mann für drei Jahre (andere Blätter schreiben bis zum 1. 12. 20). 7. Das Verwaltungsregime der an die Alliierten Truppen übergebenen Linien abzugeben; Ein internationaler Zivilschutz wird eingesetzt, welchem alle bestehenden militärischen Ausschüsse untergeordnet sind. — Nach dem „Matin“ soll der Brief, welcher dem Dokument beigegeben wird, festes Tonpapier und bestärkt sein, daß die Deutschen sich nicht mit Ja oder Nein antworten können. — Echo hebt hervor, daß weder Marshall noch Präsident Wilson dieses Projekt unterstützen. Wie der „Paris Journal“ wissen will, ist das Kapitel der der Wiedergutmachung nahezu vollständig selbstbehalten. So ist der Betrag von 100 Milliarden Goldmark und die Zahlungsweise gemäß dem ursprünglichen Entwurf unverändert geblieben. Das wird es Deutschland gestattet sein, Sachverständige in die besetzten Gebiete zu schicken, um den Schaden nachschauen zu können. Falls Wiedergabe der die Preise ermäßigt hat. Es heißt darin: Die Bevölkerung des Reiches soll wissen, daß sie sich auf die Regierung verlassen kann. Die jetzige Regierung wird einen Frieden, der den Osten preisgibt, niemals annehmen und unterzeichnen. Die Regierung ist entschlossen, einen

Was die Entente glaubt.

Dem Pressbüro Radio zufolge schreibt Newport Sun in einem Leitartikel: Die Alliierten glauben zuversichtlich, daß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages zur Revolution in Deutschland führen und eine neue Regierung unter Erzbischof bringen werde, die den Vertrag wahrscheinlich unterzeichnen wird. Man hoffe, daß die Revolution innerhalb 5 Tagen ausbrechen und die Unterzeichnung des Friedensvertrages, so nachher erfolgen könne. In dem Artikel wird angegeben, daß die Alliierten den deutschen Lage und aus Furcht vor einem allgemeinen Streik sein. Luft dazu haben, militärische Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen.

General Dupons Antwort an Erzberger.

(TU) Den Brief, der von Herrn Reichsminister Erzberger auf die heunehmigen Meldungen von der deutsch-polnischen Demarkationslinie hin an den Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont, am 1. Juni gerichtet worden war, hat General Dupont am 14. Juni folgendermaßen beantwortet: „Ergreifend! Als ich gestern von der Reise zurückkehrte, fand ich Ihren Brief vor und erfuhr gleichzeitig, daß die Transporte wieder ausgenommen worden sind. Die Frage schien mir dadurch geregelt zu sein. Der Hauptgegenstand des Besuchs, das heißt die Nichtzufriedenheit des leeren Materials, ist zu Ihrer Zufriedenheit behoben worden. Seit dem 14. Juni, 1 Uhr, sind vier volle Wagen von Polen nach Deutschland zurückgekehrt. Die telephonischen Mitteilungen, die einen unmittelbar bevorstehenden Angriff anzudeuten schienen, müssen sich als verstanden haben, denn der Zeitpunkt, der für diesen — übrigens sehr unwahrscheinlichen — Angriff festgesetzt worden war, ist verfloßen. Bleibt noch die Behauptung der Divisionen Hallers gegen eine deutsche Front: Einerseits habe ich sofort nach Warschau telegraphiert, um Ihren Standpunkt mitzuteilen, und andererseits nach Spa, um von den mündlichen Botschaften, die Sie mir mitteilen, gegenüber eingangsigen wäre, Kenntnis zu bekommen. Ich hoffe, die Antworten umgehend zu erhalten und werde sie Ihnen dann sofort mitteilen. Genehmigen Sie usw.“

Die Volksabstimmung in Schlesien.

Wie Temps berichtet, soll nach dem abgeordneten Entwurf eine Volksabstimmung in Schlesien in zwei oder drei von den ursprünglich ins Auge gefaßten Zonen stattfinden. Die Maßnahmen für den internationalen Schutz der deutschen Minderheiten werden keinesfalls auf Ersatz-Verträgen, welche als rein französisches Deutschland wieder abgenommenes Land gilt, abgehandelt werden.

Die Bedingungen des Senators Knox.

In der „Times“ führt der New Yorker Korrespondent die fünf Bedingungen der Resolution des Senators Knox zusammen, unter denen allein der Friedensvertrag für den Senat der Vereinigten Staaten annehmbar sein würde: 1. Die Vereinigten Staaten sollen in den Krieg, um gegen die Verdrängungen, die von Deutschland und der amerikanischen Regierung angeordnet wurden, aufzutreten. Das einzige Ziel der amerikanischen Regierung beim Friedensschluß ist der Zweck, durchzusetzen, was die Vereinigten Staaten zur Teilnahme am Krieg veranlaßt; 2. Kein Friede, der auf eine Abänderung der Verfassung der Vereinigten Staaten hinausläuft, würde für den Senat der Vereinigten Staaten annehmbar sein; 3. Der Friedensvertrag muß vom Völkerverbund und vom „League of Nations“ als diplomatische Kommission gefest werden, bis zu dem Zeitpunkt, wo der Völkerverbund gründlich durchgearbeitet werden kann; 4. Die drei oben erwähnten Bedingungen müssen erfüllt sein. Sie werden keinen Einfluß auf den Völkerverbund haben, der einer späteren Beratung überlassen wird; 5. Der Senat spricht sich für die Erklärung der Vereinigten Staaten aus, daß jede Kombination von europäischen Mächten, die geeignet ist, den Frieden der Welt zu bedrohen, auch in den Vereinigten Staaten ernste Besorgnis erwecken würde und daß die Vereinigten Staaten in solchen Fällen entsprechende Schritte tun würden, um zu verhindern, daß sie in einen neuen Weltkrieg verwickelt werden. Nach einer Neumeldung aus Washington ist die Resolution von Knox als offizielle Mitteilung an die Friedenskonferenz gedacht, so daß der Senat gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages in der jetzigen Form opponieren werde.

Zu bewaffnetem Widerstand im Osten entschlossen.

(W) Der entschlossene Wille der Reichsregierung, die Ostprovinzen gegen den polnischen Einmarsch mit bewaffneter Hand zu schützen, geht aus einer Erklärung des Reichskommissars Bismarck hervor, zu deren Wiedergabe die Presse ermächtigt hat. Es heißt darin: Die Bevölkerung des Reiches soll wissen, daß sie sich auf die Regierung verlassen kann. Die jetzige Regierung wird einen Frieden, der den Osten preisgibt, niemals annehmen und unterzeichnen. Die Regierung ist entschlossen, einen

Einmarsch in die streitigen Gebiete des Ostens mit der Waffe in der Hand abzuwehren, ganz gleich ob dieser Einmarsch noch vor dem Abbruch der Friedensverhandlungen gemacht werden sollte was nach einigen Fällen an der Demarkationslinie nicht unmöglich erscheint, oder ob er erfolgen sollte, nachdem die Verhandlungen durch die Weigerung der Reichsregierung, diesen Frieden zu unterzeichnen, zum Abbruch gekommen sind. In jedem Falle ist die Regierung bereit, der polnischen Welle entgegenzutreten. Sie setzt dabei voraus, daß die überwäligende Mehrheit des Reiches zu den Versicherungen steht, die in so vieler erhebenden Kundgebungen zum Ausdruck gekommen sind. Gestützt auf die en Willen der Bevölkerung wird die Regierung das möglichste daran sein um das Deutschland des Ostens vor Verwilderung zu schützen. Ich füge hinzu: Auch wenn die Regierung infolge ihrer Ablehnung des Vorschlags des Bundes eine andere wackende Minderheitsregierung werden wir uns im Osten nicht in eine Entscheidung nicht begeben. Die Beweise und des Ostens muß aber bereit sein die Folgen einer solchen feilen Haltung auf sich zu nehmen. Der Kampf um unsere Unabhängigkeit in den vor schwer sein aber er ist nicht ausstehend, wenn die Bevölkerung nationaler Disziplin hält und opferwillig das letzte einigt. Wir werden die Waffen zum Widerstand erheben in dem Bewußtsein, so zu handeln, wie es unserem Werte und seiner Zukunft sich liegt. So lie es uns nicht möglich sein durch unseren Willen das Reich zu retten, so retten wir doch die Provinzen und vertragen uns das Schicksal selbst dies so retten wir das Reich und Schicksal, was ein Volk zu verteidigen hat, die deutsche Ehre.

Englische Anerkennung der deutschen Arbeit im Osten.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht eine längere Betrachtung seines nach Thoren gelangten Korrespondenten über die Verhältnisse in Polen und Deutschland. Er behauptet, daß die Unterdrückungsmethode zu erkennen, die bei den Polen eine große Entfremdung hervorgerufen habe. Er sagt aber selbst, daß die Polen viel zu aufgeregt sind, um ihre Zukunft beurteilen zu können. Intellektuelle Polen geben jedoch an, daß man sich für die nächsten Jahre ganzlich auf deutsche Beamte, Techniker und Geschäftsleute verlassen und auch die deutschen Gesetze beibehalten müsse. Der Korrespondent kommt zu folgenden Feststellungen: Die Zahl der Anwaltskanzleien in Polen ist größer als in irgend einem anderen Teil Europas, mit Ausnahme Russlands. Aber in Westpreußen und Nordpolen gibt es kaum Anwaltskanzleien. Die größten und schönsten Gebäude sind dort die Schulen, wie man sie selbst in England nicht findet. J. B. hat Bromberg eine großartige Bibliothek, die durch besondere Aufwendungen unterhalten wird. Man sollte einmal einen Vergleich ziehen zwischen diesen Einrichtungen und denen in englischen oder polnischen Städten. Die deutschen Städte sind Mäher wirtschaftlich organisierter Verwaltung. Westpreußen und Nordpolen sind ein verarmtes Land mit dem übrigen Deutschland und bewässigen mit ihren Wasserwegen in normalen Zeiten einen gewaltigen Verkehr. Gegenwärtig wird dieser Verkehr durch polnische Bewegung, polnische Unfähigkeit und Nachlässigkeit abgebrochen. So daß nicht einmal die Schienen mehr in Ordnung gehalten werden. Der Übergang dieser Verhältnisse zu führen und die industrielle Tätigkeit lähmen. Dies sind nur einige Beispiele, abgesehen von der allgemeinen Verelendung der deutschen Bevölkerung, weshalb die Übertragung an Polen eine unübersehbare Torheit sein würde.

Unerwartende Umtriebe in Berlin.

Nach einer Meldung der „Rhein-West-Zeitung“ seien es die Spuren schon von den Berliner Dächern, daß Offiziere, wie man sagt französische, die Redaktionen gewisser Zeitungen eilig besuchen, um dort für die Annahme der von der Entente vorgelegten Bedingungen Zustimmung zu machen. Während so diese wertvolle Propaganda auf der einen Seite dem deutschen Volk die Feder zur Unterzeichnung in die Hand zu drücken sucht, reicht sie auf der anderen Seite eine Liste derjenigen Leute herum, welche für das Erbe Scheidemanns und Erzbergers für reif gehalten werden. Um diesen für jedes deutsche Empfinden schwer belasteten Leuten den Einzug in die Wilhelmstraße zu ermöglichen, behaupten die Herren der Entente, es seien lauter „nichtkompromittierte Herren“. Dieser Entlassungsversuch aus Ententemund macht die Herren nur noch mehr verdächtig. Zu den Günstlingen der Entente zählt auch Herr Selmut v. Gerlach. Vor einigen Tagen noch hat dieser sein Talent als Kandidat der Entente unter Beweis gestellt, indem er auf dem Friedenskongreß der Passifanten Reden hielt, welche in diesem entscheidungsvollen Augenblick Deutschland als den Allieierten schuldigen an der Kriegstatatroppe hinstellen. Hieran schreiben die „Völkisch-Parlamentarischen Nachrichten“. Es ist allgemein bekannt, daß in Berlin von hier anwesenden Franzosen Min.

listen zu prüfen werden, auf denen die Herren v. Gerlach und Molai stehen. In diesem Zusammenhang können die Herren nicht anders als Kandidaten werden aufgelistet werden. Bei dieser Gelegenheit dürfte es sich empfehlen, einmal in die Propaganda hineinzuweisen, welche von der russischen Seite mit schamloser Offenheit in der deutschen Hauptstadt getrieben wird. Es bilden sich für Kennentitel, in welchen im Verein mit Ausländern vertriebt wird, die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik festzulegen. Sie haben nach Aufbruch des Salons der Gräfin Treuberg ihren Mittelpunkt in dem Salon eines bekannten Verlegers. An diesem Konventil nehmen auch noch aktive oder erst vor kurzem aus dem Dienst ausgeschiedene Beamte teil.

Der französische Bergarbeitersstreik.

(W) Heute beginnt der Bergarbeitersstreik in ganz Frankreich. Die Confédération du Travail hat den Kartellarbeiterverband auf Dienstag zu einer Konferenz einberufen, um die Lage erneut zu besprechen und eventuell einen Solidaritätsstreik mit den Bergleuten zu beginnen. — Wie „Matin“ meldet, haben die französischen Gewerkschaften in ihrer Besprechung am Sonntagabend mit den italienischen Gewerkschaftsführern beschlossen, die Proklamation des Generalstreiks zu vertragen, bis auch die englischen Gewerkschaften in dieser Frage Beschluß gefaßt hätten. Eine französisch-italienische Delegation wird in aller nächster Zeit in englischen Gewerkschaften die Sonnabend gefaßten Beschlüsse über einen internationalen Generalstreik zur Kenntnis bringen. In einer Parallelkonferenz französischer und italienischer sozialistischer Parteiführer wurden genau dieselben Beschlüsse gefaßt.

Generalstreik in Mailand.

Sonnabend wurde versucht, in Mailand den Generalstreik zu erklären. Roberto d'Italia glaubt, daß die Ursache des Ausstandes mit der Verletzung Rosa Luxemburg in Verbindung zu bringen sei. Zu Protesten kam es nicht. Der Streik meldet, daß der Generalstreik in Rom fortbäuer und daß allgemein wegen der Verletzung von Rosa Luxemburg auch in Turin der Streik erklärt wurde. Es fanden Zusammenkünfte zwischen Politikern und Arbeitern statt, wobei es einige Beiratsgab gab. Die Menge sang das Lied: „Lad dem König“. Der Streik sollte Sonntag noch andauern. Aus Carrara und anderen Orten werden ebenfalls Ausstände gemeldet. In Spezia wurden von der Menge einige Geschäfte erbrochen, als Protest gegen die Lebensmittelverknappung.

Der Generalstreik in England abgelehnt.

„Telegraph“ meldet aus London. Der Vorschlag der italienischen sozialistischen Partei, daß in den alliierten Ländern ein Beweis von Sympathie für die russische und ungarische Sowjetregierung und als Protest gegen die Friedensabstimmung ein allseitiger Generalstreik ausgerufen werden solle, ist von der britischen Arbeiterpartei abgelehnt worden. Sie nimmt wegen der kurzen Anwesenheitsfrist an der Konferenz in Paris nicht teil und erinnert daran, daß ein Generalstreik in England ohne vorherige Abstimmung der angeschlossenen Gewerkschaften nicht möglich sei.

Britischer Abschied der Wiener Kommunistenversammlungen.

(TU) Die lange vorher angekündigte Versammlung der Kommunisten vor dem Rathaus war von etwa 3000 Personen besucht. Die Anhänger der Sozialdemokratie hatten sich der Veranstaltung völlig ferngehalten. Infolge der Verhaftung der Kommunistenführer war die Versammlung nur von kurzer Dauer. Zum Schluß wurde die Parole ausgegeben, die verhafteten Führer zu befreien, worauf die Versammelten sich zur Orangerie-Kaserne begaben. Auf dem Zuge dorthin ereignete sich ein blutiger Zwischenfall. Eine Abteilung des Stadtschutzes stellte sich den Kommunisten entgegen. Von beiden Seiten wurde geschossen. Mehrere Tote und zahlreiche Verletzte sind auf beiden Seiten zu verzeichnen. Wie der Telegraphen-Union weiter mitgeteilt wird, haben die Zusammenkünfte im Anschluß an die Kommunistenversammlung acht Tote, darunter einen Kriegsinvaliden, sowie 60 Verletzte, meist jugendliche Personen, gefordert. Die organisierte Sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte sich gemäß der vom Arbeitererrat ergangenen Parole, daß die Wiener Arbeiterpartei sich nicht zu gewissenlosen Falschverurteilungen misbrauchen lassen solle, der geistigen Aktion ferngehalten. Der geistige Leitartikel der „Arbeiterzeitung“ verurteilt jeden neuerlichen Falschverurteilung, da er angeht, die Ernährungsfrage der Stadt Wien nur zu unbedeutenden Gleich führen würde. In einem zweiten Leitartikel legt die Arbeiterzeitung die Herkunft des Geldes für den Kommunistenetat dar. Die Agitation in Wien und Deutsch-Österreich werde mit diesen Millionen von der ungarischen Regierung befristet. Das Blatt führt als Beleg dafür mehrere Quittungen an, darunter eine vom 27. 3. über 250.000 Kronen und eine andere über 200.000. Durch die ungarische Gewerkschaft in Wien wurde am 2. am 3. eine Million Kronen an die Kommunisten überwiesen. Das Blatt nennt eine Anzahl von Personen, den Summen, an denen wurden und erklärt schließlich, daß die Leitung der Wiener Kommunisten auch ein ungarischer Kommunist sei.

